



Geschäftsstelle LEGR
Schwäderlochstrasse 7
7250 Klosters
T 081 633 20 23
geschaeftsstelle@legr.ch
www.legr.ch

Medienmitteilung

Klosters, den 15. Februar 2012

Sehr geehrte RedaktorInnen

Zur heutigen Grosskundgebung in Chur senden wir Ihnen folgende Medienmitteilung:

Ein Schulgesetz für unsere Kinder

Aus allen Ecken des Kantons kommen heute mindestens 500 Menschen in Chur zusammen, um vom den Grossräten ein gutes Schulgesetz mit Zukunft zu fordern: Lehrpersonen, Eltern, Grosseltern, Schulräte und weitere Freunde der Bündner Volksschule.

Der erste Teil der Beratung des Schulgesetzes im Grossrat hat nicht die Ergebnisse gebracht, die die Bündner Volksschule zukunftstauglich machen. Graubünden braucht jedoch gute Rahmenbedingungen für einen zeitgemässen Unterricht. Es muss alles daran gesetzt werden, dass alle Schüler seriös unterstützt werden können und kein Kind auf dem Weg zurück bleibt.

Der Präsident des Verbandes Lehrpersonen Graubünden, Fabio E. Cantoni, wird darum in seiner Ansprache vor den Teilnehmenden der Grosskundgebung Klartext sprechen:

- Die Bündner Kinder müssen in handelbaren Klassengrössen unterrichtet werden können. Heute gilt die Richtzahl von 18 Kindern, in Zukunft soll es nach Meinung der Grossräte in der Dezembersession nur noch die Maximalzahl von 24 Kindern(!) geben. Dies angesichts der heutigen Heterogenität in den Klassen, der gesellschaftlichen Forderungen nach individualisiertem Unterricht und der Vorgaben einer integrativen Schule.
- Die Pflichtpensen für Schüler und Lehrpersonen müssen endlich auf ein erträgliches Mass angepasst werden. Die Bündner, ob Schüler oder Lehrperson, sind Spitzenreiter im Schulbankdrücken. Die Arbeitszeitzunahme für Sitzungen, Absprachen, Administration, Weiterbildung, Beratung, Betreuung und Elterngesprächen gefährdet die eigentliche Unterrichtsqualität zunehmend.
- Dem Lehrpersonenmangel, den eine regierungsrätliche Studie für Graubünden prognostiziert, muss jetzt entgegengetreten werden. Die Anstellungsbedingungen der Bündner Lehrpersonen müssen endlich den anderen Kantonen angepasst werden. Graubünden als Schweizer Schlusslicht ist auf qualifizierte Lehrpersonen angewiesen. Auch Grossräte werden nicht wollen, dass Bündner Schüler von Hilfskräften unterrichtet werden.
- Die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die normalen Schulklassen ist eine heikle Aufgabe. Dazu braucht es günstige Rahmenbedingungen mit genügend Ressourcen. Gemäss dem regierungsrätlichen Vorschlag müssten die Schulen künftig mit der Hälfte der Subventionen der heutigen Pilotgemeinden Davos und Thusis auskommen. Damit würden alle Kinder der betroffenen Schulen zu den grossen Verlierern der kantonalen Sparpolitik.

Die Teilnehmenden der Kundgebung fordern den Grossrat x-hundertfach auf, nicht länger bei der Zukunft der Bündner Kinder zu sparen, sondern die Bildungspolitik vor die Finanzpolitik zu stellen.

Mit freundlichen Grüssen

Jöri Schwärzel, Leiter der Geschäftsstelle LEGR, 079 334 86 61